

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 527

Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich M. 1,25, vierteljährlich M. 3,75, halbjährlich M. 7,00, jährlich M. 12,50, einschließlich Postgebühren. Durch die Post monatlich M. 1,24, vierteljährlich M. 4,00, halbjährlich M. 7,50, jährlich M. 12,40.

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: sechs Zeilen in der 25. Spalte, gesamtlich je Seite 85 Pfg., Restspalten 1 M. 17. Abonnt nach Cottb., jedoch nur bei bestmöglicher Kasse. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag im Haus von Otto Uehle, Halle-Saale

Dienstag, 15. Oktober

1918

# Die deutsche Note und die Polen

## Polnische Forderungen

Die Vorgänge in Danzig geben eine Vorstellung davon, was für ein Sturm der Entrüstung durch alle deutschen Lande gehen würde, wenn die Abtretung deutscher Gebiete zur vollständigen Zufriedenheit der Polen auf Grund des Artikels 13 der vorerwähnten Verträge 14 Punkte hätte schon am 8. Oktober der polnische Regierungspräsident einen Aufruf an das polnische Volk erlassen, in welchem er darauf hinwies, daß die Studie Polens jetzt gelagert habe und nun zur „Schaffung eines unabhängigen Staates, welcher alle polnischen Gebiete umfaßt und Zugang zum Meere besitzt“ anfordere. In folgerichtiger Fortsetzung folgte alsdann die in Preußen wohnenden Polen einen Aufruf in allen deutsch-polnischen Wäldern veröffentlicht, worin sie sich die Forderung des Reichspräsidenten Regierungspräsidenten zu eigen machen, dann aber noch darüber und selbst über Wilsons Willen nicht geringes „Gezänk“ erheblich hinausgehen und auch eine eigene Meeressüßwasser-Forderung. Da hiermit nur die Meise gemeint sein kann, fordern die Polen also die Abtretung der preussischen Provinzen Westpreußen, Posen und Schlesien an das Königreich Polen. In der Wandelhalle des Reichstages hat, wie der „Tag“ mitteilt, der polnische Abgeordnete Starosty vorgeschlagen bereits an einer Karte dargelegt, welche preussischen Gebiete dem polnischen Staate einverleibt werden sollen. Die Unverfänglichkeit derartiger Vorgänge ist so handhabe, daß ihre Abtretung nur abgemacht werden könnte, wenn man viel Worte darüber verlieren wollte. In solchen Fällen heißt es nur handeln und zu handeln hätte neben dem Staatsanwalt vor allem die den Belangen der polnischen Bevölkerung ausübende Militärbehörde — wenn, ja, wenn die Zustimmung der Abgeordneten nicht selbst offenen Landesverrat straflos machte. Gierig, als die Aufrufe in Paris und in der preussischen Dinnart — von der frechen Herausforderung Starostys ganz abgesehen — konnte unsere verfehlte Außenpolitik nicht getroffen werden. Es nutzt fast wie ein Tropfen auf die Weltgeschichte an: Herr von Bethmann Hollweg befreit die Polen von russischer Kreditnot, verlegt sich die Mühe, die Möglichkeit, mit dem russischen Ausland Frieden zu schließen, es folgt dann ein Aufbruch auf Entschädigung, man gerät sich mit Österreich wegen der Lösung des polnischen Problems in die Haare — und schließlich sollen wir die Verfeiner, nach dem eigenen Land an das polnische Königreich abgeben. Das ist eine Tragik der deutschen und preussischen Geschichte, die sie nicht schlimmer sein konnte. Selbst wenn es nur (!) bei der Auslieferung der Millionen Punkte bliebe, müßten an Polen alle „von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnten Gebiete Preußens“ abgetrennt und Danzig an einen Freistaat erklärt werden. Hiermit aber einmal angefangen, müßte es nicht mehr dabei bleiben, vielmehr müßte Danzig bald ganz unter polnischen Einfluß fallen. Würden dann aber die preussischen Mittelprovinzen des polnischen Ansturmes sich erwehren können, zumal ein geistlicher Stützpunkt durch die Regierung nicht mehr zu erwarten ist? Die Polenmerkmale Danzigs hatten eine richtige Bedeutung, was ihrer Marke, wenn das polnische Programm zur Ausführung gelangt. Der von ihnen ins Leben gerufene „Ausfluß zur Organisation der nationalen Verteidigung“ aber ist ein blühiger Sohn an das Programm der demokratischen Regierung, die sich unter dieser Marke anständig gebildet hat und sollte unseren regierenden Herren beiseiten die Augen darüber öffnen, was sie im deutschen Volke entfesseln, wenn sie ihren Kurs weiter treiben. h. b.

## Die Versammlung in Danzig

Die Versammlung in Danzig, die, wie wir bereits berichtet haben, einen Ausschluß für nationale Verteidigung zu bilden beabsichtigt, ist wohl bereits verlaufen. Die militärische Lage dürfte nicht öffentlich besprochen werden. Man hat dies daher in der öffentlichen Sitzung des Reichstages des Abgeordneten Reichstages über die öffentliche Versammlung unter dem Vorsitz des Ober-Regierungsrates Seite wird uns berichtet: Der Reichstagspräsident Justizrat (Lag) (König) ging den Gründen des Aufkommens der deutschen Politik nach — die Forderung der Wehrlosigkeit. Nicht geübt, wohl aber gewährt hätten die Abweichungen. Abwägung sei mir in der Sitzung geteilt. Nach 14 Tage der Arbeit des Reichstages habe Staatspräsident Graf von Helldorf erklärt: Deutschland habe in der ganzen Welt keine „einen Freund, aber ein Edward Grey, und die Wehrlosigkeit zu England finde sie hergierig neuen, als in diesem Augenblicke! Was sollte man heute von diesem Dr. Graf erwarren? England und Frankreich hätten sich in allen Richtungen geteilt. Aber dort habe man sich auch der Diktatur bedient. Bei uns sei man den umgebenen Feind gegangen. Unwissenheit und Missetanus Dr. Graf erwarren und Schiedemann haben bei uns ihr Wesen getrieben. — Bei diesen Ausführungen wurde der Redner von großer Wärme unterbrochen: ein Redner habe sich zum Redner und würde die Con-

beranage eines Danziger Blattes mit der Antwort der deutschen Regierung an Willon heraus. Sie wurde sofort verlesen. Entzerrte der Entrüstung brachen los. Aufse erschallten: Wir sind verachtet — Als sich der Redner über Danzig wendete, stürzte er sprangen mit wüsten Gekrei selber in die Luft! Wieder mit der Regierung! Wir mit diesem Redner! Der Redner erklärte, daß die Verlesung seiner Darlegungen nimmermehr amokos geworden sei. Aber was sollte geschehen? Erst müssen alle Schuldigen von ihrem Plage. Wir behörden Führer und wollen leben, was Deutschland dann leisten kann! Vor allem als die Redner zu verlesen. Einem Wechsel folgte. Der Redner, einen Ausschluß zur nationalen Verteidigung zu bilden, geschah einstimmig.

## Die alte Preußenkreuz

An den Kaiser ist folgende Kundgebung ergangen: 132 evangelische Pfarrer der Dinnart zur Besprechung kirchlicher Fragen in Jopost versammelt, bitten Eurer Majestät in dieser schweren Stunde zum Ausdruck bringen zu dürfen, daß sie mit ihrem Gebet und ihrer Arbeit in aller Preußenkreuz hinter ihrem heiligsten König und seinem Hause stehen. Wir sind uns bewußt, daß unser Land das, was es geworden ist, der unablässigen Fürsorge der Hohenzollern verdankt, und geloben trotz aller Bedenken der Zeiten den lebensvollen Zusammenhang zwischen Landesvater und Landeskindern als den geschichtlich gewordenen Grundpfeiler unseres vaterländischen Gebiets fortwährend zu tragen. D. Reinhard, Generalsuperintendent in Danzig.

## Abbau der deutschen Zivilverwaltung in Polen

Wie bereits mitgeteilt worden ist, soll die militärische Okkupation in Polen im Einverständnis mit der bürgerlichen Regierung vorläufig bestehen bleiben und nur ein Abbau der deutschen Zivilverwaltung stattfinden. Dieser Abbau kann sich nur allmählich vollziehen, da den Polen die nötigen Beamten fehlen, um die Verwaltung gleich in diesem Umfange in die Hand zu nehmen. Es sollen zunächst einige Zweige der Polizeiverwaltung der Polen übergeben werden, so das Kataster- und das Vermessungswesen, dann weiter Verwaltungsgewerbe, die mit der Sozialpolitik zusammenhängen. Wir setzen über diese Dinge mit der polnischen Regierung in Unterhandlungen. Alle mit dem Krieg zusammenhängenden Verwaltungsgewerbe, wie das Ernährungswesen usw., bleiben zunächst noch in deutscher Hand. Auf Witten bei Regierungspräsidenten hat, wie wir hören, die deutsche Regierung ihr Einverständnis erklärt zur Verwendung der bürgerlichen Eidesformel für die polnischen Truppen in folgende: Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, daß ich meinem Vaterlande, dem polnischen Staate und dem Regierendsten als polnischen Vertreter der zukünftigen obersten Gewalt des polnischen Staates zu Wasser und zu Lande dienen werde, daß ich meinem Vorgesetzten und Führer gehorche, die mit gesetzlichen Befehlen und Befugnissen ausstatten und mich überhört zu werden werde, daß ich als tapferer und braver polnischer Soldat lebe und sterben kann. Auf das gemeinsame Telegramm des Reiches des Staatsdepartements, bringen Kammrath Radziwili, an den Reichsminister ist die Freilassung Zugangs erfolgt, während Gröndel schon früher ausreisen nach Lieber. Die Freilassung ist schon beschlossen, zu melden die „Deutsche Reichsanzeiger Zeitung“, zwischen den deutschen Behörden und den Regierendsten gegenüberig noch Verhandlungen, auf deren Ergebnis die russische Haltung der Bevölkerung in nächster Zeit von bestimmendem Einfluß sein dürfte.

## Die Brief-Affaire des Kanzlers

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ hat den geheimnisvollen Brief des Reichskanzlers, in welchem dieser so gänzlich un-demokratische Verhörungen getan hat, noch immer nicht veröffentlicht. Die bürgerlichen Regierungsdirektoren haben dem Kanzler nach seiner Erklärung versprochen zu sein, daß er es jetzt auch richtig demokratisch meine. Das „Berliner Tageblatt“ schlägt vor, man solle den Kanzler nach dieser Erklärung so lange auf seinem Posten belassen, bis sich zeige, „ob die Briefaffaire dem Friedensschluß hinderlich werden wird.“ Die Regierungsparteien sollten in folgender Weise zum Kanzler sprechen: Wir haben im Beginn der Revolutionen an unseren Schwestern, Ihren vorerwähnten Schritt erfahren, aber wir wollen uns vor der Ansicht bekennen, daß die vor der Vermählung geliebte Entgehung nicht gilt. Wir hoffen, daß Ihre Treue sich täglich in voller Freiheit bekennen wird. Und wir erwarten von Ihnen jenes schnelle, klare, energische Handeln, das mehr als alle Worte die Aufrichtigkeit des Gewissens verbürgt.“ In diesem Vorschlage kommt das „Berliner Tageblatt“, wie es sagt, durch die Erinnerung an eine alte Berliner Forderung, in der es heißt: „Neder Mann hat seinen schwarzen Punkt, Punkt, Punkt; einmal hat sich jeder eingetunkt, tunkt, tunkt.“ Abgesehen davon, daß diese Worte deutlich machen, mit welchem Ernst viele Kreise des Preussens der gegenwärtigen politischen Lage gegenübersehen, tritt in den Ausführungen des „B. Z.“ auch noch eine

andere interessante Auffassung in die Erscheinung. Der Kanzler soll solange bleiben, bis er zu einem Friedensverhandeln wird, d. h. bis das Ausland seine Entfremdung verlangt. Damit wird jetzt offen eingestanden, was den Entschlossen nach übrigens längst schon bekannt war. Auch die Verdrängung des Staatspräsidenten von Sines ist bekanntlich erfolgt, weil er unter den Feinden nicht hatte. Die Auslösung der Feinde ist somit ein wesentlicher Beifall der Demokratie. Welches Maß von nationaler Würde in dieser friedlichen Kundgebung liegt, brauchen wir wohl nicht erst zu lazen. Es kommt darin jene burleske un-deutsche Art zum Ausdruck, die im „B. Z.“ aber leider nichts ungewohntes mehr ist.

## Britische Verschleierungskünste

Von Arthur Dir.

Wir läten am Ende nicht allzu viel von Wirtschaftskrieg zu reden. Sie mehr wir auf dieses Thema eingehen, um so vollständiger erfüllen wir verschiedene britische Absichten, als da sind: 1. Deutschland soll glauben, daß der angebotene Wirtschaftskrieg eine furchtbare Gefahr ist, von der wir uns loskaufen müssen durch jedes noch so hohe politische Opfer. 2. England's Verbündete sollen glauben, daß sich die ganzen britischen Rüstungen der „Reichswirtschaftspolitik“ einzig und allein gegen Deutschland richten und im Geheiminteresse der Entente liegen. 3. England's Kolonien sollen die Opfer verschleiern werden, die ihnen im Interesse der englischen Industrie zugemutet werden. 4. Sprechern wir also lieber etwas weniger von dem britischen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland (im Stillen jede nötige und mögliche Abwehrmaßregel sorgfältig erwägung) — und suchen wir vielmehr die wirklichen Beweggründe und Absichten der englischen Wirtschaftspolitik bloßzulegen. 5. Wegen der veränderten Wirtschaftspolitik ist keineswegs etwa nur der Handelskrieg gegen Deutschland. England sieht sich in der Gefahr, nach folgenden Gefahren bedroht: 1. England gerät mehr und mehr in die Schuld Amerika. Die Zahlungsbilanz wird stark passiv, so daß schließlich die Rohstoffzufuhr aus den Vereinigten Staaten eine ständige, drückende Wehrung der Schuld bedeuten müßte. 2. Die englische Handelsflotte verliert ihre überragende Weltstellung, die Frachtraumgewinne im Verkehr mit Amerika werden nicht mehr ganz überwiegend in die britische Kasse fließen und die Zahlungsbilanz aufbessern. 3. Am Osten ist der japanische Wettbewerb mächtig angewachsen, der die indischen Rohstoffe an sich zieht und die britischen Absatzmärkte bedroht. Angesichts dieser Gefahren verfolgt die neue britische Wirtschaftspolitik folgende Absichten: 1. Die Rohstoffzufuhr aus den Vereinigten Staaten zu beschränken. 2. Sämtliche Rohstoffe der britischen Kolonien für die englische Industrie zu sichern. 3. Der englischen Industrie den Absatz in den britischen Kolonien monopolistisch sicherzustellen. So können wir die ganzen Bestrebungen der sogenannten Wirtschaftspolitik spanlos kartieren, ob ne überkommt Deutschland aber den wirtschaftlichen Mächten zu erwidern. Wir sehen, daß jene Wirtschaftspolitik nicht nach ihren triftigen Beweggründen und ihren verschleierten Absichten für die Vereinigten Staaten und für Japan keineswegs etwa weniger interessant sind als für Deutschland. Das auch uns das englische Streben nach Monopolisierung der Rohstoffzufuhr aus und des Warenab Absatzes nach den britischen Kolonien unbequem sein muß, läßt sich natürlich nicht bestreiten; aber eben nur — u. a. u. —! Beshalb also gar so viel von einem wirtschaftlichen Krieg sprechen, der Deutschland erschrecken soll? England selbst hat das Weser an der Stelle: die Verschleierung an Amerika, der Wettbewerb mit Amerika und Kanadas müssen es zu verweirlichen Unternehmungen, die wirtschaftliche Selbständigkeit des britischen Imperiums zu kontrollieren. Sieht England sich zu Verschleierungsmitteln veranlaßt, weshalb sollen wir den Schleier nicht lüften und das Kind nicht beim richtigen Namen nennen? Die so sehr offen und klingenden Drohungen Englands mit dem Wirtschaftskrieg gegen Deutschland verbergen nur in ein Schwächen reiche Defensivmaßnahme gegenüber dem im Reize erlarkten außereuropäischen Wettbewerb und an der Wettbewerbs-Abhängigkeit





